



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Umsetzung der Konzeption zum Krankenhausunterricht für Kinder mit langwierigen psychischen Erkrankungen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass zur Sicherung von Chancengleichheit in der schulischen Bildung für langwierig erkrankte Kinder und Jugendliche Handlungsbedarf besteht.
2. Der Landtag beauftragt die Landesregierung, das Beschulungskonzept, welches im August 2014 zur Verbesserung des Krankenhausunterrichts unter besonderer Berücksichtigung der Situation seelisch und psychisch erkrankter Kinder und Jugendlicher mit stationärer Unterbringung vorgelegt wurde, mit allen Beteiligten zu diskutieren und umzusetzen.
3. Der Landtag beauftragt die Landesregierung, sich mit der Fachpetition der PSAG Magdeburg zur Förderbedarfsermittlung auseinanderzusetzen und diesbezüglich einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten. Dieser Vorschlag ist den Ausschüssen für Bildung und Kultur sowie Arbeit, Soziales und Integration im II. Quartal 2018 vorzustellen.

### **Begründung**

Der Psychiatrieausschuss beklagt seit Jahren den unzureichenden Unterricht an psychiatrischen Kliniken für Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen. Dadurch müssen diese Kinder in ihrem schulischen Werdegang erhebliche Lücken in Kauf nehmen, was den Stabilisierungsprozess zusätzlich erschwert.

Bereits in der 6. Wahlperiode hat die Fraktion DIE LINKE dazu einen Antrag eingebracht. Dennoch beklagt der Psychiatrieausschuss jährlich in seinem Tätigkeitsbericht die ungenügende Umsetzung des Konzeptes.

(Ausgegeben am 06.12.2017)

Im aktuellen Bericht heißt es dazu:

„Es wird befürchtet, dass die eigentlich sehr begrüßenswerte und gute Entwicklung eines Neukonzeptes für die Beschulung der Patienten in den KJPP Kliniken („Krankenhausunterricht“) durch das Kultusministerium dadurch konterkariert und in der Umsetzung gefährdet wird, dass einerseits die Abstimmung mit den betroffenen Kliniken unverständlicherweise bislang ausgeblieben ist und andererseits die zentralen Punkte der unzureichenden Stunden- und Sachausstattung weiter systematisch ungelöst bleiben.“

Deshalb sieht die Fraktion DIE LINKE noch erheblichen Handlungsbedarf.

Die im Tätigkeitsbericht aufgenommene Fachpetition zur Ermittlung des sonderpädagogischen Förderbedarfs ist durch die Landesregierung zu prüfen und sollte vonseiten des Bildungsministeriums untersucht werden, wie die Schnittstellen zu den Nachbardisziplinen (Medizin/Psychologie/Jugendhilfe/Schule) aktiv und für alle sinnvoll zu nutzen sind.

Thomas Lippmann  
Fraktionsvorsitzender